

Reinhard Ueberhorst

Politischer Streit als kooperative Findekunst

Wie die »wachstumspolitische Kontroverse« befördert werden sollte

Reinhard Ueberhorst

(* 1948) führt ein Beratungsbüro für diskursive Projektarbeiten & Planungsstudien. War 1979/80 Vorsitzender der ersten energie- und wachstumspolitischen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages.

ueberhorst.beratungsbureau@t-online.de



Wo stehen wir 2011 in der komplexen »wachstumspolitischen Kontroverse«? Und wie stellen wir uns vor, mit ihr, im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten, mehr gut umgesetzte Ergebnisse zu erreichen? Zu diesen beiden Fragen möchte ich einige Überlegungen und bescheidene Vorschläge einbringen. Es geht mir insbesondere darum aufzuzeigen, welche höchst wichtigen, bislang aber nicht angekündigten Beiträge die neue wachstumspolitische Enquete-Kommission leisten sollte, um die Chancen einer gelingenden »wachstumspolitischen Kontroverse« zu befördern.

Die Bescheidenheit meiner Vorschläge kann als Streit suchende Botschaft gegen diejenigen gelesen werden, die größere Ambitionen haben. Sei es ein *Grand Design* für einen großen durchstrukturierten Verständigungsprozess oder ein großes inhaltliches Konzept, mit dem vorgegeben wird, die komplexe Kontroverse überwinden zu können. Beides ist unrealistisch. Die streit suchende Botschaft lautet: Wenn wir durch den inhaltlichen Streit mehr umgesetzte Ergebnisse erreichen wollen, müssen wir vorher erfolgreich über den Zweck der Auseinandersetzung gestritten und uns auf bescheidene Ansätze verständigt haben, um einen besseren Zugang zum Weg einer gelingenden »wachstumspolitischen Kontroverse« zu finden.

Mit dieser Kontroverse geht es um den

größten politischen Diskurs in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Über die Größe des Diskurses ist nicht zu streiten, wohl aber über die Interpretation seines Zwecks. Die Größe ergibt sich aus der Vielzahl der beteiligten Akteure, der Debatten, Publikationen, Studien, Kommissionen und der Vielfalt kulturell, ethisch, technologisch, sozial, ökologisch, ökonomisch geprägter kontroverser Einlassungen. Ein gemeinsames Verständnis des Zwecks der Kontroverse ist bislang nicht erkennbar.

Größe und Vitalität des Diskurses sind der Tatsache geschuldet, dass er immer wieder neue Diskurse und Diskurse über Diskurse hervorbringt, weil immer mehr Argumentationen weder akzeptiert noch widerlegt werden. Die kritische Masse nicht akzeptierter oder widerlegter Argumentationen ist der Grund für eine rational begründete Skepsis in unsere demokratische Politikfähigkeit, als deren Krise wir die komplexe »wachstumspolitische Kontroverse« erfahren. Wie wollen wir ihr begegnen?

Lösungskompetenz durch öffentlichen Streit

Das Rad – sprich die Idee der funktionalen Bedeutung gelingender Kontroversen für die Demokratie – müssen wir nicht neu erfinden, wohl aber ihre gute aktuelle Interpretation. Dafür müssen wir verstehen, warum es uns nicht hinreichend gelingt, die funktionale Bedeutung politischer Kontroversen besser erfahrbar zu machen.

Das zentrale Prinzip der Demokratie ist nicht die Mehrheitsentscheidung, sondern die Vorstellung, politische Problemlösungskompetenz mit einer gelingenden politischen Willensbildung durch öffentlichen

Streit zu erreichen. Das ist nur möglich, wenn im Streit der Argumente über Alternativen, die dafür ausgearbeitet sein müssen, ein Erkenntnisfortschritt erreicht und dieser durch die Mehrheit erfasst wird. Wenn Mehrheiten im Wissen um ihre Mehrheit Diskurse verhindern, frühzeitig beenden oder auf ihre eigenen Themen verkürzt führen, nährt das eine Krise der Demokratie.

Sie ist mehr als eine »Krise der repräsentativen Demokratie«, die der Entwurf des SPD-Fortschrittsprogramms durch mehr Formen direkter Demokratie überwinden möchte. Um eine Alternative zur parlamentarischen Demokratie, die klar zurückgewiesen wird, geht es nicht. Wohl aber um bessere Prozesse des Umgangs mit Dissensen in der parlamentarischen Demokratie. Damit geht es um mehr als um mehr Informationen und mehr Beteiligungen.

Kontroversen setzen Motivation voraus

Die Krise im Umgang mit Dissensen, die zu der wachsenden Flut weder akzeptierter noch widerlegter Argumentationen führt, erhellt eine vertrackte Problematik handlungsleitender Motivationen der Akteure politischer Kontroversen. Dass gelingende politische Kontroversen gut motivierte Akteure voraussetzen, erscheint uns so selbstverständlich, dass oft gar nicht mehr bedacht wird, wie wenig diese Bedingung erfüllt ist.

Die nötige Motivation muss kulturell immer wieder neu gebildet werden. Grundsätzlich als Grundmotivation zum politischen Engagement und spezifisch stets anders ausgerichtet, weil es im Wandel der Zeiten immer wieder neue politische Herausforderungen gibt, die verstanden werden müssen, um die aktuell problemgerechte Anlage der Motivation zur gelingenden Kontroverse zu entwickeln. Wenn wir das nicht können, wird der Umgang mit Kon-

flikten so beliebig, wie es den Vertretern kontroverser Positionen beliebt. Wo es aber nach dem Gusto der positionellen Akteure beliebig wird, werden wir politikunfähig für Aufgaben, die nur in erfolgreichen Verständigungsprozessen zu bewältigen sind.

Die Möglichkeit problemlösender politischer Prozesse beruht auf Potenzialen, die sie selber hervorbringen müssen und die wir nicht voraussetzen können. Damit geht es zuvörderst (weil notwendig, aber nicht hinreichend) um immer wieder problemgerecht erneuerte motivationale Ressourcen, vor allem solche, mit denen auch im Wettbewerb stehende, also kompetitive Konfliktpartner unbeschadet ihrer widerstreitenden Orientierungen situativ und thematisch bedingt Kooperationsdividen den anstreben können.

Wie diese widerstreitenden Orientierungen mit der Vorstellung diskursiver Politik kollidieren können, erhellt die für unser Thema äußerst wichtige Kritik von Fritz Scharpf an der Theorie diskursiver Politik von Jürgen Habermas. Dessen diskursethische Theorie der diskursiven Politik gehe an den handlungsleitenden Motivationen kompetitiver Akteure vorbei. Die von Scharpf mit starken Argumenten gegen Habermas aufgezeigten Grenzen diskursiver Politik führen uns zum Kern eines Schlüsselthemas. Wenn wir diese Grenzen nicht überwinden können, sind wir mit politischen Kontroversen konfrontiert, mit denen wir nicht umgehen können, weil sie unser begrenztes kooperatives Leistungsniveau überfordern. Die Folge ist das weitere Anwachsen der kritischen Masse weder akzeptierter noch widerlegter Argumentationen.

Für Scharpf sind das konsensuelle Ideal einer deliberativen Demokratie und die »kompetitive Interaktionsorientierung« der Akteure in der Wettbewerbsdemokratie unvereinbar. Dieses Urteil folgt aber der Art, wie er die beiden einander gegenübergestellten Orientierungen konstruiert. Die Konfliktpartner erscheinen dabei als die Gefangenen ihrer kompetitiven Orientie-

rung. Das müssen wir sehr ernst nehmen und fragen, wie wir uns aus dieser Gefangenschaft befreien können, um die gebotenen Verständigungserfolge anstreben zu können. Vorstellbar ist das nur, wenn wir die dazu erforderliche Motivation schrittweise entwickeln. Mit dieser Vorstellung komme ich zu vier Maximen für unsere »Wachstumskontroverse«:

Maxime 1: Wir sollten diese Kontroverse als zwei komplementäre Diskurse verstehen und sie so führen. Keiner der beiden Diskurse kann ohne den anderen und dessen Impulse und Einsichten geführt werden. Wird dies missachtet, kann die Kontroverse nicht gelingen. Im ersten Diskurs geht es um eine Pluralität inhaltlich-konzeptioneller politischer Argumentationen. In dem zweiten um kontroverse Vorstellungen über den Umgang mit der Pluralität inhaltlicher wachstumspolitischer Vorstellungen. Die zweite Debatte kann nur so gut geführt werden, wie der inhaltliche Diskurs verstanden und in Modelle und Maximen angemessener Arbeits- und Beratungsprozesse übersetzt wird, und die erste nur, wenn der Diskurs entsprechend angelegt wird.

Maxime 2: In der ersten Debatte erfahren wir unsere Stärke in der Wahrnehmung von Gefahren, Risiken, Fehlentwicklungen sowie in der Fähigkeit, Konzepte zu entwickeln, mit denen wir diesen Gefahren, Risiken und Fehlentwicklungen begegnen können. Wir erfahren aber auch einen endlosen Prozess mit kontroversen Antworten auf wenige gemeinsame und viele verschiedene Fragen. Dabei kann die wechselseitige Überzeugung nicht gelingen, weil auf unterschiedliche argumentative Bezugssysteme zurückgegriffen wird. Daraus folgt, dass kurzfristig Verständigungserfolge in der zweiten Debatte angestrebt werden sollten.

Maxime 3: Die Unklarheiten und die Komplexität dieser Kontroverse dürfen nicht durch einfachere Problemsichten demontiert werden – weder durch ein Parteiprogramm, das nur eine vorzugswürdige langfristige Antwort vorstellt und alle anderen

Ansätze als abwegig, konservativ oder fortschrittsfeindlich charakterisiert, noch durch eine Arbeitsplanung der Enquete-Kommission des Bundestages, die sich an vorab gewonnenen Mehrheitsmeinungen orientiert.

Maxime 4: Stattdessen sollte ein Zugang zum Umgang mit der Komplexität gesucht und gefunden werden, der für die Vertreterinnen unterschiedlicher Denkweisen gleichermaßen akzeptabel ist und die Erfolgchancen bei der Fortsetzung der Kontroverse erhöht.

Vorschläge für die Enquete-Kommission

Mit diesen Maximen sehe ich für 2011 vier kleine Anstoßprojekte. Für ihre Erarbeitung gibt es kein besseres Gremium als die Enquete-Kommission mit dem ganz spezifischen Synergiepotenzial ihrer Mitglieder. Das spezifische Synergiepotenzial einer solchen Kommission wird freilich (was leider oft der Fall war) verschenkt, sobald deren Mitglieder in ihr parteiförmig arbeiten und ihre mitgebrachten Parteikonzepte in der Kommission durchtragen wollen. Dies führt dann zu umfangreichen Berichten mit vielen kontroversen Empfehlungen – nicht aber zu Vorarbeiten für gelingende gesellschaftliche Kontroversen. Die neue wachstumspolitische Enquete-Kommission sollte ihre Chance nutzen, im Lichte der Schwachstellen der bislang geführten »wachstumspolitischen Kontroverse« die folgenden vier Projektideen zu interpretieren: Alle in einer Sprache ohne den Geschmack einer der kontroversen Sichtweisen.

Projekt 1: In der inhaltlichen Debatte werden die Beiträge – im großen Spektrum der Denkweisen, die für ein gutes, nachhaltiges Wachstum oder für einen guten Übergang zu einer »Postwachstumsgesellschaft« plädieren – aus sich heraus mit ihren Fragen entwickelt. Jeweils orientiert an ihrer Sicht des Vorzugswürdigen, nicht als Versuch einer Konzeptualisierung komplexer

Alternativen. Es sei anerkannt, dass die Beiträge tauglich sind, die thematisierten Probleme zu lösen, z.B. im Hinblick auf die Vermeidung einer drohenden Klimakatastrophe. Nicht tauglich sind sie aber, um mit der Pluralität umzugehen, die sie als Vielfalt kontroverser Konzepte hervorbringen. Dabei entsteht ein verwirrendes Feld mit immer mehr nicht anschlussfähigen Beiträgen. Die Kontroverse wird unübersichtlich. Nützlich wäre ein Projekt, das uns die unübersichtliche Diskussion in einer strukturierten Form vermittelte.

Projekt II: Die bloße Summe der kontroversen Konzepte ergibt noch kein strukturiertes Bild der strategischen Optionen, um die es geht. Für dieses Bild muss kreativ gearbeitet werden. Wo das versäumt wird, fehlt der gemeinsame thematische Bezugsrahmen für einen verständigungsorientierten Diskurs. Es sollte erstmals angestrebt werden, die komplexe Kontroverse kooperativ zu konzeptualisieren. Mit wachstumspolitischen Zukünften, mit Politikoptionen unterschiedlicher wachstumspolitischer Denkweisen.

Zu gewinnen wäre ein geteiltes Verständnis dafür, in welcher Verzweigungssituation wir uns befinden. Mit ihm könnte besser beurteilt werden, ob es bei der Klärung der Alternativen darum geht, neue, gesellschaftlich breit getragene Leitbilder und neue Motivationen bei möglichst vielen Akteuren (Produzenten wie Konsumenten) zu entwickeln oder ob »nur« eine Verständigung über staatliche Politik erreicht werden soll.

Alle Alternativen sind aus sich heraus stark zu denken. Aber mit realpolitischem Anspruch. Zu bedenken ist, wie viele Alternativen, mit welchem Konstruktionsprinzip und für welche Verzweigungssituationen aufgezeigt werden sollten. Im Lichte der Konzeptualisierung von alternativen Zukünften kann dann diskutiert werden, wann welche Entscheidungen herbeizuführen sind. Entscheidungen, die nicht aus einer nachvollziehbaren Argumentation über

komplexe Alternativen abgeleitet werden, sind zu recht nicht vermittelbar.

Die Identifizierung komplexer Alternativen ist kein intellektueller Selbstzweck, denn jeder Versuch erzeugt immer wertvolle Informationen. Wenn der Versuch scheitert, wissen wir, dass wir kein gemeinsames Verständnis der Alternativen gewinnen können, über die wir streiten. Und wenn die Erkundung komplexer Alternativen im Konsens ergebnislos wäre, wüssten wir besser, worüber wir dann noch streiten können.

Projekt III: In der bislang geführten Kontroverse wird zu wenig deutlich, wie weit in einem gemeinsamen normativen Bezugssystem gestritten wird (z.B. ökologisch-soziale Marktwirtschaft) oder orientiert an ganz verschiedenen Leitbildern mit unterschiedlichen Verständnissen guter Argumente. Für eine kriterienorientierte Diskussion wäre der Versuch nützlich, einen Katalog gemeinsamer Bewertungskriterien für die »wachstumspolitische Kontroverse« zu erarbeiten und zwar auch dann, wenn er scheiterte, weil wir dann besser um die begrenzten Möglichkeiten für Verständigungsprozesse wüssten.

Projekt IV: Wir verstehen bislang zu wenig, aus welchen Aspekten der komplexen »Wachstumskontroverse« die entscheidenden Dissense hervorgehen. Es wird gestritten, aber warum? Die rhetorische Zuschreibung von Haltungen (»Fortschrittsfeinde«, »Wachstumsfetischisten« u.ä.) und die Selbsterklärungen (alle sind für »Wohlstand«) erhellen zu wenig, welche Aspekte der Debatte welche Dissense hervorbringen. Ist es zum Beispiel ein unterschiedliches Bestreben, das Leitbild der »Positionalität« zu überwinden – also das Streben nach »positionalen Gütern« (Fred Hirsch), nach Status und Mehr-haben-wollen-als-andere? In ihrer bedeutenden Studie zur Kritik dieses Leitbildes hat Lucia Reisch einen Dissens herausgearbeitet, der politisch besser verstanden werden muss. Es könnte das inhaltliche Schlüsselthema der »Wachstumskontroverse« werden, weil wir nicht an der

eigentlichen Antriebskraft, dem Leitbild der industriellen Wachstumsgesellschaft vorbei gehen können. Reisch sieht es in der Positionalität im angedeuteten Sinne. Eine tiefer geführte Diskussion über Dissense wird zu einer Debatte über unser Verständnis der menschlichen Kooperationsfähigkeit führen.

Wären uns nämlich, wie Hobbes meinte, kompetitives Verhalten und Positionalität im definierten Sinne anthropologisch eingeschrieben, so wäre es kulturell gar nicht möglich, dem daraus resultierenden Wachstumszwang durch kooperative Willensbildung zu entkommen.

Der erreichte Mehrwert dieser Projekte für verständigungsorientierte Prozesse liegt schlicht in dem »Sehen«, das mit ihnen möglich wird. Seien es neue Wege, neue Verständnisse für Verzweigungssituationen, mehr gemeinsame Urteile über prioritäre Schritte, vielleicht gar ein wachsendes Bewusstsein für gute neue Ziele.

Wer diese Projekte nicht anstreben *will*, muss sagen, warum er kein Bild der Herausforderung und keine Kenntnis der möglichen Handlungsoptionen haben möchte, warum kein Versuch, einen gemeinsamen Kriterienkatalog zu finden, angestrebt werden sollte, und warum er kein Wissen über die Dissens erzeugenden Faktoren haben *will*.

Mit der Möglichkeit von solchen Motivationsdefiziten müssen wir rechnen und in ihnen die vertrackteste Herausforderung erkennen. Wenn politische Kontroversen mehr und mehr zu einer kommunikativen Begleitveranstaltung zum Gang der Dinge werden, wie Wolfgang Streeck es in seiner luziden Analyse *Re-Forming Capitalism* beschrieben hat, verlieren wir unsere demokratische Politikfähigkeit. Es geht dann darum, Motivationsdefizite als Motivationsdissense sehen und über sie streiten zu können. Verständigungsorientiert. Können wir das?

Michael Dauderstädt

Neuer Fortschritt – Ziele und Kriterien

*»Ja, jetzt wird wieder in die Hände gespuckt,
wir steigern das Bruttosozialprodukt«*

Geier Sturzflug, 1983

Lange Zeit galt die Höhe des Wirtschaftswachstums als Gradmesser für die Prosperität und den Fortschritt einer Gesellschaft. Zunehmend werden Zweifel laut. Der »Neue Fortschritt« hat Einzug in die Debatten gehalten. Doch was ist darunter zu verstehen? Und inwieweit erlaubt oder erfordert er eine Abkehr vom alten Wachstum?

Michael Dauderstädt

(* 1947) ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES.

michael.dauderstaedt@fes.de



Der Parteivorstand der SPD hat seinen wirtschaftspolitischen Leitanspruch für den Parteitag am 26. September 2010 unter das Motto »Neuer Fortschritt« gestellt. Die Partei tritt damit für ein neues Wachstumsmodell ein, das mehr will als eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). In die gleiche Richtung zielt auch die von